



**STADT
ASCHAFFENBURG**

_____ DER OBERBÜRGERMEISTER

Rede

des Oberbürgermeisters

Jürgen Herzing

Zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2021

am Montag, 22. Februar 2021,

im großen Saal der Stadthalle am Schloss

Es gilt das gesprochene Wort!

Zukunftsorientierter Haushalt in unruhiger Zeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie jedes Jahr um diese Zeit steht die Beschlussfassung über den Haushalt an. Dieses Jahr ist allerdings absolut untypisch. Einerseits befinden wir uns mitten in der Coronakrise und keiner weiß, welche weiteren Auswirkungen sie haben wird. Andererseits gehen die Steuerschätzer und Wirtschaftsauguren davon aus, dass die Wirtschaft nicht nur gut durch die Krise kommt sondern sich sogar spürbar erholt. Die Konjunkturprognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute wurden zuletzt zwar nach unten korrigiert, gehen aber immer noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zwischen 2,8 und 4,9 % aus.

Bei dieser Bandbreite der Zukunftsprognosen einen belastbaren Haushalt aufzustellen ist ein schwieriges Unterfangen. Wir haben uns für eine wachstumsorientierte Haushaltsplanung mit einem Anstieg des Haushaltsvolumens auf rund 330 Mio. € entschieden, ohne dabei unsere finanziellen Absicherungsmöglichkeiten zu überreizen:

- Wie in all den Jahren zuvor haben wir uns bei der Einkommenssteuer mit 43 Mio. € und der Umsatzsteuer mit 11 Mio. € an den offiziellen Schätzungen des Landesamtes für Statistik orientiert.
- Bei der Gewerbesteuer haben wir das Ist-Ergebnis 2020 in Höhe von rund 58 Mio. € als Basis genommen und einen Anstieg von 2 Mio. € unterstellt, der mit 3 % deutlich unter den offiziellen Schätzungen von 15 % liegt.
- Im investiven Bereich laufen bereits begonnene Projekte ungebremsst weiter. Lediglich für neue Großprojekte und neue Bauabschnitte bereits begonnener Großprojekte wird eine Atempause eingelegt. Trotzdem steigt das Bauvolumen mit 42 Mio. € auf eine Rekordhöhe.
- Schließlich ist auch die Finanzplanung so abgefasst, dass in den nächsten beiden Jahren voraussichtlich keine Verschuldung droht und sie auch im Jahr 2023 - angesichts von zu erwartenden Minderausgaben in 2020 - nicht in eine Neuverschuldung münden wird.

Wie jeder Haushalt unterliegt auch dieser Haushalt nicht nur den erwähnten konjunkturellen Sachzwängen, sondern den politischen Vorgaben der Vergangenheit. Der größte Teil des neuen Stadtrates hat an diesen Vorgaben mitgewirkt und trägt diese zusammen mit der Mehrheit der neuen Stadtratskolleginnen und -kollegen nach wie vor politisch mit. Dies ist ein Zeichen von Kontinuität, Verlässlichkeit und nachhaltiger Stadtentwicklung. Dafür und auch für die konstruktiven Haushaltsberatungen in diesem Jahr möchte ich mich schon an dieser Stelle bedanken.

Gleichwohl verlangen aktuelle Herausforderungen immer wieder, dass Akzente neu gesetzt werden müssen. Neben der Bewältigung der Coronapandemie haben hier zuletzt insbesondere die Themen Digitalisierung sowie Klimaschutz- und Klimawandel eine besondere Rolle gespielt.

1. Digitalisierung

Bereits in der Vergangenheit wurde die Digitalisierung in der Stadtverwaltung und im Stadtgebiet im operativen Bereich vorangetrieben. Dieser Prozess wird in diesem Haushalt fortgesetzt, intensiviert und um eine strategische Komponente ergänzt.

Erstmals wurde im letzten Haushaltsjahr das Referat für Digitalstrategie, Personalmanagement und zentrale Dienste geschaffen. Neue organisatorische Zuordnungen sind erfolgt. In diesem Jahr hat der Stadtrat rund 400.000 € für die konzeptionelle und personelle Begleitung des Digitalisierungsprozesses zur Verfügung gestellt. Neben dem Ausbau der digitalen Bürgerservices und der E-Akten wurde ein Videokonferenz-System eingeführt. Auch in diesem Jahr werden die Onlinedienste, E-Akten und unsere digitalen Workflows weiter ausgebaut. Darüber hinaus nehmen wir an verschiedenen Förderprogrammen zur Smart City-Entwicklung teil. Im Falle eines positiven Bescheides muss hier noch ein Eigenanteil berücksichtigt werden.

Die Digitalisierung des gesamten städtischen Kanalsystems und die Digitalisierung der Schulen werden weiter vorangetrieben. Der Glasfaseranschluss für alle Schulen ist abgeschlossen. Rund 3,5 Mio. € sind in diesem Jahr für Gerätebeschaffung und bauliche Maßnahmen vorgesehen. Ich darf hierbei daran erinnern, dass der Digitalpakt Schulen trotz großzügiger Zuschussung durch den Staat einen

Eigenfinanzierungsanteil der Stadt in Höhe von rund 5,5 Mio. € binden wird. Schließlich soll auch erwähnt werden, dass für den Glasfaserausbau in unterversorgten Gewerbegebieten 1,1 Mio. € bereitgestellt sind.

2. Klimaschutz- und Klimawandel

Das zweite große Thema der letzten Monate im Stadtrat war das Thema Klimaschutz und Klimawandel. Bereits vor mehr als einem Jahr wurde aufgrund der Klimaproblematik ein Projekt zur Klimaanpassungsstrategie initiiert. Dieses Projekt befindet sich auf der Zielgeraden und wird für den weiteren Umgang mit der Klimaveränderung wertvolle Impulse enthalten.

Zu erwähnen ist im Komplex Klimaschutz zunächst das Thema „Grün in der Stadt“ und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das lokale Klima. Man darf hier daran erinnern, dass Aschaffenburg – vegetationsmäßig gesehen – eine der grünsten Städte Bayerns ist. Obwohl Aschaffenburg mit seiner Gesamtfläche nur auf Platz 17 in Bayern steht, rückt sie nach der Waldfläche mit 1800 ha auf Platz 7 und nach der absoluten Grünfläche innerhalb des Siedlungsbereiches mit 300 ha sogar auf Platz 5 vor. Der weitaus größte Teil dieser Flächen gehört zudem der Stadt und wird von ihr vorbildlich bewirtschaftet. Das lässt sich die Stadt auch etwas kosten. Ohne Berücksichtigung von Abschreibungen schließt das Gartenamt mit einem Finanzaufwand von rund 4,6 Mio. € und das Forstamt mit einem Aufwand von rund 1,6 Mio. € ab. Beide Ämter arbeiten gleichwohl betriebswirtschaftlich. Beide Ämter sind sich aber auch ihrer ökologischen Verantwortung bewusst. Im Forstbereich wird seit Jahren erfolgreich Waldumbau betrieben, weg von monostrukturiertem Nadelwald hin zu artenreichem zukunftsfähigem Mischwald. Im Gartenamtsbereich steht die Pflanzung von „Klima-Bäumen“ im besonderen Focus.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang weiterhin das Thema „Energieeinsparung“. Durch Modernisierungs- und Controllingmaßnahmen wird der Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften trotz erheblichen Flächenzuwachses weitgehend konstant gehalten. Hierunter fällt das Rathaus mit einem Investitionsvolumen von 2 Mio. € in 2021. Aber auch die Erneuerung der Heizung in der Erbhalle mit Kosten von 1 Mio. €, der Austausch der Kältemaschine in der Stadthalle mit 600.000 € oder die Sanierung des Kronberggymnasiums mit 1,4 Mio. werden zu Einsparungseffekten führen.

Flankiert werden solche Projekte durch Investitionsmaßnahmen auf der Grundlage des Energiecontractings mit jährlich 350.000 €, beispielsweise für Wärmerückgewinnungs- oder Photovoltaikanlagen. Auch die kontinuierliche Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED mit jährlich 350.000 € dient letztendlich wesentlich der Energieeinsparung.

Dritter Themenkomplex in diesem Zusammenhang ist das Thema der sogenannten „Verkehrswende“. Die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans und des Nahverkehrsplans haben hohe Priorität. Der Stadtrat hat das bundesweit beachtete 1-€-Ticket an Samstagen auf Sonn- und Feiertage ausgedehnt und in eine Dauerregelung mit jährlichen Kosten in Höhe von fast 400.000 € überführt. Zusätzlich werden rund 150.000 € für das Ferienticket und ein Park&Ride-Konzept am Volksfestplatz bereitgestellt. In dem Bewusstsein, dass sich Verkehrsprobleme in der Stadt nur im regionalen Verbund lösen lassen, hat die Stadt zusammen mit den Landkreisen die Nahverkehrsgesellschaft AMINA gegründet und in einem ersten Schritt 50.000 € investiert. Fortgeführt wird das Radwegeprogramm mit einem Investitionsvolumen von 1,3 Mio. € und der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen mit rund 200.000 €. Die Stadtverwaltung forciert die Umstufung der Bundesstraßen und der Staatsstraßen um die Grundlagen für einen stadtverträglichen Innenstadtverkehr zu schaffen.

Flankiert wird das Thema Klimawandel durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, von der Einstellung von Klima-Quartiersmanagern, über die Förderung von Solarthermieanlagen, die Beschaffung von Elektrofahrzeugen und Lastenrädern bis hin zu einer Fülle von Aktivitäten der Stadtwerke, die in diesem Kontext auch nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

3. Personal

Eine besonders große Rolle hat bei den diesjährigen Haushaltsberatungen das Personal gespielt. Es ist der Verwaltung nicht leichtgefallen, Ihnen eine Stellenmehrung in der Größenordnung von 50 Stellen mit Nettomehrkosten von rund 2 Mio. € vorzuschlagen. Uns ist durchaus bewusst, dass eine derartige Stellenmehrung finanzielle Spielräume in der Zukunft einengt. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass Aschaffenburg in den letzten Jahren um mehr als 3000 Einwohner gewachsen ist. Zudem steigt die Erwartungshaltung der Bürger im Hinblick auf

Leistungstiefe und Leistungsgeschwindigkeit kontinuierlich an. Auch die eine oder andere Zusatzaufgabe haben wir bekommen oder wir haben sie uns freiwillig auferlegt. Trotz Digitalisierung lassen sich solche Faktoren nicht personalkostenneutral abbilden. Insofern freue ich mich, dass Sie unseren Vorschlag akzeptiert und konstruktiv begleitet haben. Wir werden anhand einer umfänglichen Organisationsuntersuchung mit Hilfe eines Personalgutachtens der gesamten Verwaltung sehen, wo unsere Aufgaben, Abläufe und Prozesse durch Optimierungsmaßnahmen kompensiert werden können.

4. Kinderbildung – und Betreuung

Neben diesen aktuellen Themenkreisen darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass eine Kommune seit jeher einen Kernbestand an Aufgaben zu erfüllen hat. Hierzu gehört insbesondere, dass eine Gemeinde sich um die Bildung und Betreuung ihrer Kinder zu kümmern hat.

a) Kindertagesstätten

Nach Art. 5 des bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ist es Pflichtaufgabe der Gemeinden in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit zu gewährleisten, dass die notwendigen Plätze in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege rechtzeitig zur Verfügung stehen. Um diesem Auftrag des Gesetzgebers gerecht zu werden, unternimmt die Stadt erhebliche Anstrengungen.

Das größte derartige Projekt ist die KiTa Anwandeweg, für die 2,2 Mio. € Investitionssumme und 2 Mio. € Verpflichtungsermächtigung eingeplant sind. Dazu kommen 1 Mio. € für die KiTa in Obernau, 1 Mio. € für die KiTa Ottostraße nebst 3 Mio. € Verpflichtungsermächtigung und schließlich 600.000 € für die Sanierung der KiTa Gutwerkstraße. Noch nicht enthalten in diesem Finanzpaket ist die Einrichtung von sogenannten Mini-Kitas, die der Stadtrat jüngst beschlossen hat und die den Grundstock für eine kommunal geführte Einrichtung bilden sollen.

b) Schulbau

Der Mehrbedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen setzt sich im Mehrbedarf an Schulen fort, wobei die Stadt als Oberzentrum hier auch eine regionale Aufgabe zu erfüllen hat.

Das Büro biregio hat Ende letzten Jahres seine Einschätzung der Schulentwicklung in Aschaffenburg vorgestellt. Der Stadtrat wird in diesem Jahr die Weichen für die Schulentwicklung vor allem im Grund- und Mittelschulbereich zu stellen haben. Während die Entwicklungsstrukturen im Bereich der Grünwaldschule klar sind und deshalb bereits Mittel für Um- und Ausbau in einer Größenordnung von 500.000 € nebst Verpflichtungsermächtigung von 2 Mio. € eingestellt sind, besteht bei der weiteren Entwicklung von Schönbergschule und Brentanoschule noch Diskussionsbedarf. Die weitere Planung der Schönbergschule kann im Rahmen der bisher bereit gestellten Planungsmittel von rund 2,4 Mio. € bewältigt werden. Bei der Brentanoschule sind bislang lediglich Mittel für Konzeptstudien eingetaktet, um 2021 eine Standortperspektive zu entwickeln. Beim Kronberggymnasium wird in diesem Jahr der 2. Bauabschnitt mit weiteren Finanzmitteln in Höhe von 1,4 Mio. € abgeschlossen. Danach folgt der 3. Bauabschnitt, der weitere 15 Mio. € verschlingen wird.

5. Wohnraum und Erschließung

Abschließend möchte ich auf einen Themenkreis eingehen, der ebenfalls zu den Kernaufgaben eines kommunalen Gemeinwesens gehört. Es ist die Bereitstellung von Wohnraum im weitesten Sinne und die Bereitstellung und der Erhalt der erforderlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen.

a) Wohnraum

Bezüglich der Bereitstellung von Wohnraum unternimmt die Stadt erhebliche Anstrengungen. Im Baugebiet Anwandeweg werden in diesem Jahr 8,3 Mio. € für die Erschließung weiterer Bauabschnitte dieses Baugebietes ausgegeben. 2021 werden alle Straßen und Wege fertiggestellt sein. Hinzu kommt, dass nunmehr auch mit der Erschließung des Baugebietes Rotäcker begonnen wird. Dafür werden weitere 2,8 Mio. € bereitgestellt. Zusätzlich wird die Stadt dieses Jahr über ihre Tochter Stadtbau in großem Umfang in Wohnungsbauten investieren. Im Bereich Anwandeweg plant die Stadtbau Investitionen in einer Größenordnung von 6,5 Mio. €, im Hefner-Alteneck-Quartier in Höhe von 8,7 Mio. €. Alles zusammen also fast 30 Mio. € nur für die Bereitstellung von Wohnraum in einem Jahr. Auch die privaten Wohnungsbauinvestitionen sind seit einigen Jahren konstant hoch und werden auch

2021 eine verlässliche hohe Größe darstellen. Die Stadtverwaltung hat hierfür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen können. Innerstädtische Baugrundstücke werden aber zunehmend rar so, dass wir 2021 neue strategische Entscheidungen zum Wohnungsbau treffen müssen.

b) Ver- und Entsorgungseinrichtungen

In dem eben erwähnten Paket sind neben den Neubaukosten für die Straßenerschließung auch die Kosten für die Kanalisation enthalten.

Finanztechnisch bedeutsamer für den städtischen Haushalt sind die Investitionen in den Erhalt und die Ertüchtigung der städtischen Kanalisation. Rund 6 Mio. € werden in diesem Jahr für den Bau des Beckens Willigisbrücke ausgegeben. Mit 500.000 € ist erstmals ein größerer Ansatz für das Becken Schlossberg enthalten. Weitere 8 Mio. € werden im Lauf der nächsten Jahre folgen. Auch hier also eine enorme Summe, die allerdings in diesem Jahr erstmals mit einem bedeutenden Betrag aus dem Gebührenhaushalt gegenfinanziert wird. Hier wirkt sich aus, dass nach einem mehrjährigen Prozess nicht nur die Kanalbeiträge neu kalkuliert sind, sondern auch die Kanalgebühren. Erstmals kommt in diesem Jahr die Niederschlagswassergebühr zur Anwendung. Letztendlich führt all dies dazu, dass die Investitionen im Vermögenshaushalt mit einem Betrag von rund 6 Mio. € aus dem Gebührenhaushalt gegenfinanziert werden können.

6. Schluss

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach einer Fülle von Zahlen und Projekten bin ich nun am Ende meiner Rede angekommen. So erfreulich das wäre, wenn das alles so umgesetzt werden könnte, ein wesentlicher Teil würde doch fehlen. Kein Wort habe ich bislang über das verloren, was das Leben so lebenswert macht und uns allen – wie ich glaube – fehlt: Es sind die Konzerte und Theatervorführungen, das Fest Brüderschaft der Völker, das Volksfest, das Stadtfest, die Gitarrentage, die Museumsnacht oder das Carillionfest und der Kunsthandwerkermarkt. Für all diese Veranstaltungen sind Mittel vorgesehen, und es wäre so wunderbar, wenn sie ausgegeben werden könnten, damit die Menschen sich wieder unbeschwert treffen könnten. Wahrscheinlich wird das noch nicht bei allen

Veranstaltungen möglich sein. Aber ich bin optimistisch, dass uns spätestens der Sommer große Erleichterungen bringen wird.

Lassen Sie uns alle daran arbeiten, dass dieser Wunsch und die meisten anderen Dinge aus diesem Haushalt Wirklichkeit werden.

Vielen Dank.